

Mitgliederzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

Der VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands



dbb
beamtenbund
und tarifunion



3 | 2 0 2 5

72. Jahrgang

Neue Bundesregierung, neue Herausforderungen



Foto: BSBD Bundesleitung

René Müller, BSBD Bundesvorsitzender

Wer wirklich Sicherheit will, muss den Vollzug mitdenken!



STUV ACADEMY

Sicherheit verstehen. Verantwortung übernehmen.

Praxisorientierte Qualifizierung für die verantwortungsvolle Tätigkeit als Schlossbeauftragte:r – in unseren bewährten Seminaren erwerben Sie fundiertes Fachwissen rund um Schließsysteme, Zutrittsorganisation und die Rolle der Schlossbeauftragten in öffentlichen Einrichtungen.

Jetzt informieren und direkt anmelden: www.stuv.de/stuv-academy

Mitglied im
dbb beamtenbund und tarifunion
Europäische Union der
Unabhängigen Gewerkschaften
(CESI)



Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd-bund.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender		
Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinstede · post@bsbd.de	

Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Michael Schwarz	bsbdschwarz@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Alexander Sammer	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Wilma Volkenand	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Horst Butschinek	info@bsbd-nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Mark Schallmo Stefan Wagner	mail@bsbd-rlp.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	Thomas Porr	thomas.porr@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Henry Malonn	malonn@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

REDAKTIONSSCHLUSS

Ausgabe 4+5 - 2025: ►►► 12. September 2025

ERSCHEINUNGSTERMIN

Ausgabe 4 - 2025: ►►► 16. Oktober 2025

BUNDESHAUPTVORSTAND

Erwartungen des BSBD an die neue Bundesregierung **4**

Angriff auf das Berufsbeamtentum **5**

Tarifverhandlungen 2025 **6**



Seminar für Senioren **7**

Rätselspaß **8**

Lösungen aus 1/2025 **9**

LANDESVERBÄNDE

Baden-Württemberg **11**

Bayern **20**

Berlin **26**

Brandenburg **30**

Hamburg **36**

Hessen **46**

Mecklenburg-Vorpommern **58**

Niedersachsen **59**

Nordrhein-Westfalen **67**

Rheinland-Pfalz **81**

Saarland **86**

Sachsen **95**

Sachsen-Anhalt **99**

Schleswig-Holstein **103**

Thüringen **113**

Impressum **115**

Wer Sicherheit will, muss den Vollzug mitdenken

Erwartungen des BSBD an die neue Bundesregierung

Die systemrelevante Arbeit im deutschen Justizvollzug findet tagtäglich unter schwierigen Bedingungen statt – und dennoch meist unbeachtet von der Öffentlichkeit. Dabei sind es die Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten, die mit ihrer Arbeit einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit und Stabilität unseres Landes leisten. Es ist an der Zeit, das öffentliche und politische Bewusstsein für diese Leistungen zu schärfen.

Die Kolleginnen und Kollegen im Vollzug sind nicht nur für die Bewachung von Gefangenen verantwortlich. Sie sind Krisenmanager, Konfliktlöser, Resozialisierungsbegleiter, Ansprechpartner in psychischen Ausnahmesituationen – und oftmals der letzte menschliche Kontakt für Menschen, die den Bezug zur Gesellschaft verloren haben. Diese Arbeit erfordert ein hohes Maß an Verantwortung, Professionalität und Belastbarkeit. Und sie geschieht fast vollständig im Verborgenen.

Gerade die Betreuung von suizidgefährdeten oder psychisch erkrankten Gefangenen sowie der Umgang mit gewaltbereiten, radikalisierten oder extremistischen Insassen verlangt Fähigkeiten, die weit über klassische Sicherheitsaufgaben hinausgehen – Tag für Tag, Schicht für Schicht.

BSBD appelliert an Bundesregierung: Verantwortung übernehmen

Umso unverständlicher ist es, dass der Justizvollzug im aktuellen Koalitionsvertrag und insbesondere im sogenannten „Sicherheitspaket“ der Bundesregierung keine Erwähnung findet. Obwohl es dort um innere Sicherheit, Extremismusbekämpfung, Gefährderstrategien und eine effektivere Strafverfolgung geht, bleibt ausgerechnet jener Bereich ungenannt, der diese Urteile am Ende tagtäglich vollzieht und umsetzt: der Strafvollzug.

Diese Leerstelle ist aus Sicht des BSBD nicht nur enttäuschend, sondern politisch fahrlässig. Denn ohne einen funktionierenden Justizvollzug bleibt jeder sicherheitspolitische Plan Stückwerk. Wer wirklich Sicherheit will, muss den Vollzug mitdenken – in der Gesetzgebung, in der Finanzierung und im politischen Diskurs.

Der Bundesvorsitzende des BSBD, René Müller, hat daher schriftlich Kontakt zum



Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Dr. Stefanie Hubig

neuen Bundeskanzler Friedrich Merz und zur Bundesjustizministerin Stefanie Hubig aufgenommen. Neben seinen Glückwünschen zur Wahl weist er in seinem Schreiben auf die zahlreichen Herausforderungen und Belastungen im Strafvollzug hin und mahnt konkrete Unterstützung an – auf Bundesebene im Schulterschluss mit den Landesjustizministerien.

Gleichzeitig hat der BSBD seine Gesprächsbereitschaft ausdrücklich angeboten, um seine umfangreiche fachliche Expertise in den politischen Dialog einzubringen. Gerade mit Blick auf die neue Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) verbindet der BSBD die Hoffnung, dass eine offenere und konstruktivere Zusammenarbeit möglich wird als unter ihrem Vorgänger, der den Austausch mit den Fachvertretungen des Vollzugs weitgehend vermissen ließ.

Keine zusätzlichen Belastungen durch Asylpolitik und Abschiebehaft

Mit Nachdruck macht der BSBD außerdem deutlich: Verschärfungen in der Asyl- und Abschiebepolitik dürfen nicht zu zusätzlichen Belastungen im Strafvollzug führen. Die Ausweitung von Abschiebehaft oder verlängerte Inhaftierungszeiten dürfen nicht zu einer Verlagerung in den regulären Strafvollzug führen – weder personell noch infrastrukturell sind die Anstalten dafür ausgelegt.

Abschiebehaft ist kein Strafvollzug und muss auch getrennt davon organisiert werden. Der Strafvollzug darf nicht als Auffang-

becken für migrationspolitische Versäumnisse dienen. Eine klare Trennung beider Bereiche ist unabdingbar, ebenso wie zusätzliche Mittel für mögliche Sonderstrukturen außerhalb des Strafvollzugs.

Bundesvollzug für Hochrisikofälle gefordert

Ein weiteres zentrales Anliegen des BSBD bleibt die Einrichtung eines Bundesgefängnisses für Gefährder, Terroristen und extremistische Hochrisikotätfäter. Diese Personen stellen in den Landesvollzugsanstalten ein Sicherheitsrisiko dar und binden enorme Ressourcen. Ein Bundesvollzug für diese Fälle wäre eine längst überfällige strukturelle Entlastung für die Länder und ein sicherheitspolitisch gebotener Schritt.

Der BSBD fordert klare Schritte: eine faire Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen, moderne Ausstattung, zeitgemäße Personalschlüssel und vor allem politische Anerkennung. Der Justizvollzug kann nur funktionieren, wenn die Politik ihn ernst nimmt und unterstützt – mit Worten und mit Taten. Der Strafvollzug ist ein Teil des Fundaments für den Rechtsstaat. Wer Sicherheit, Prävention und gesellschaftliche Rückführung ernst meint, muss den Strafvollzug auch auf bundespolitischer Ebene einbeziehen. Der BSBD wird weiter dafür kämpfen, dass die stillen Leistungen hinter Mauern gesehen, gewürdigt und gestärkt werden.

Systemrelevanz ist keine Frage der Sichtbarkeit, sondern der Verantwortung. ■

Angriff auf das Berufsbeamtentum

Kritik des BSBD zu Aussagen zur Rentenversicherungspflicht für Beamte

Mit großer Sorge und deutlicher Ablehnung nehmen wir, der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD), die jüngsten Aussagen von Bundesarbeits- und Sozialministerin Bärbel Bas zur Kenntnis, wonach Beamte künftig in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen sollen. Diese Forderung ist nicht nur sachlich unbegründet, sondern sie stellt auch einen direkten Angriff auf das bewährte Berufsbeamtentum und die besonderen Herausforderungen unseres Dienstes dar.

Beamte, insbesondere im Strafvollzug, übernehmen Aufgaben, die mit außerordentlichen Belastungen, Gefahren und hohen persönlichen Anforderungen einhergehen. Wir arbeiten im Schichtdienst, an Wochenenden und Feiertagen – und das in einer hochbelasteten, sicherheitsrelevanten Umgebung mit ständiger Konfrontation mit Gewalt, Bedrohungen und psychischer Belastung. Die Annahme, dass wir „privilegiert“ seien, ignoriert diese Realität auf sträfliche Weise.

Das deutsche Beamtensystem basiert auf dem Alimentationsprinzip. Beamte verzichten auf das Streikrecht, unterliegen besonderen Treuepflichten und dürfen sich ihre Arbeitsstelle nicht frei wählen – im Gegenzug verpflichtet sich der Staat, sie lebenslang angemessen zu alimentieren, also zu besolden und im Alter durch eine Pension abzusichern. Diese Struktur ist kein „Schlupfloch“, sondern ein rechtsstaatlich legitimes und bewährtes System, das Beamte als Teil der hoheitlichen Staatsstruktur absichert.

Die gesetzliche Rentenversicherung wird zu einem erheblichen Teil durch sogenannte versicherungsfremde Leistungen belas-



René Müller, BSBD-Bundesvorsitzender

tet – etwa die Mütterrente oder Rentenzahlungen für Zeiten der Arbeitslosigkeit. Es ist irreführend zu behaupten, die Einbeziehung der Beamten würde die gesetzliche Rentenkasse sanieren helfen. Im Gegenteil: Die Einzahlungen würden langfristig durch hohe Rentenzahlungen wieder aufgezehrt – ein Nullsummenspiel mit enormem bürokratischem und finanziellem Aufwand.

Die pauschale Forderung, alle Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung zu überführen, stellt einen massiven Systembruch dar. Sie wäre auch mit erheblichen Übergangskosten verbunden. Rücklagen müssten gebildet, Übergangssysteme geschaffen und bestehende Ansprüche berücksichtigt werden.

Schon heute ist der Strafvollzug durch massive Personalnot und einen alarmierenden Nachwuchsmangel gekennzeichnet.

Die Aussicht, bei gleichzeitigem Wegfall von Pensionsansprüchen künftig unter denselben gefährlichen Bedingungen zu arbeiten, würde den Beruf noch unattraktiver machen. Wir brauchen Anreize für junge Menschen, diesen wichtigen Dienst am Rechtsstaat zu übernehmen – keine Abschreckungspolitik.

Die Aussagen von Bundesministerin Bärbel Bas zur Einführung einer Rentenversicherungspflicht für Beamte sind populistisch, kurzsichtig und gefährlich.

Wer den Rechtsstaat stärken will, darf seine tragenden Säulen – wie den Strafvollzugsdienst – nicht schwächen, sondern muss sie stützen, respektieren und angemessen alimentieren.

René Müller, Bundesvorsitzender

• (Your system has a serious problem and needs to be restarted. We only collect all error information and then try again to restart the system. Wish us luck ...

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Die Angehörigen des deutschen Justizvollzuges halten das System am Laufen...

Schon mal darüber nachgedacht?

DEINE GEWERKSCHAFT - DEINE ZUKUNFT

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.



Top-Finanz.de • Nulltarif • 0800-33 10 332
Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Präl.-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

Gemeinsam stark für die Tarifverhandlungen 2025

Gemeinsam stark – jetzt ist der Moment!

Die Tarifverhandlungen 2025 stehen unmittelbar bevor, und es geht um mehr als Zahlen auf dem Papier – es geht um unsere Zukunft, unsere Arbeitsbedingungen und unsere Wertschätzung!

Vom 14. bis 16. April 2025 haben sich die Tarifvertreter der Bundesländer im Hotel Park Soltau intensiv vorbereitet. Mit Entschlossenheit und einer klaren Vision haben wir unsere Positionen geschärft, um in den kommenden Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) entschlossen aufzutreten. Der TVöD-Abschluss gibt uns eine Richtung vor, aber wir wissen: Der TV-L muss noch mehr für uns leisten – ab September 2025 kämpfen wir dafür!

Als eine von 43 Fachgewerkschaften sind wir Teil einer starken Bewegung. Jede Fachgewerkschaft verfolgt das Ziel, das Beste für ihre Mitglieder zu erreichen – und wir tun das mit Nachdruck! Wir kennen den Unterschied zwischen Tarifpflege und Tarifverhandlungen, doch deine Anliegen werden nicht übersehen – sie fließen direkt in unsere Forderungen ein.

Deine Stimme zählt! Rückmeldungen und Kritik aus den Reihen der Tarifvertreter sind für uns wesentlich. Sie zeigen uns, wo wir noch entschlossener auftreten müssen, und helfen uns, unsere Positionen weiter zu stärken. Wir nehmen deine Anliegen ernst – und wir werden sie durchsetzen. Jetzt heißt es: Zusammenstehen, stark bleiben und für unsere Rechte kämpfen!



Die BSBD Tarifvertreterinnen und -vertreter trafen sich im April im Hotel Park Soltau.

Jetzt zählt dein Einsatz – gemeinsam kämpfen wir für echte Verbesserungen

Unsere Spezialisten des BSBD aus den Bundesländern arbeiten bereits mit Hochdruck an den entscheidenden Details unserer Forderungen. Wir geben uns nicht mit halben Lösungen zufrieden – wir fordern klare Verbesserungen.

Unsere Kernforderungen:

- Höhere Eingruppierung im AVD – E8/E9 ist das Ziel.

- Berufsunfähigkeitsversicherung – ein bindender Beschluss des letzten Bundesgewerkschaftstages, der umgesetzt werden muss.
- Einheitliche Eingruppierung im Sozialdienst – Ungerechtigkeiten zwischen den Bundesländern müssen endlich der Vergangenheit angehören.
- Schluss mit dem Boykott der TdL in der Tarifpflege – wir lassen uns nicht ausbremsen.

Jetzt liegt es an uns: Nur wenn wir entschlossen und gemeinsam auftreten, können wir echte Veränderungen bewirken. Die letzten Verhandlungen haben gezeigt, dass unser Engagement und unser Zusammenhalt Wirkung zeigen – die TdL hat unseren Einsatz mit Respekt wahrgenommen. Dieser Erfolg darf kein Einzelfall bleiben, sondern muss unsere gesamte Strategie prägen.

Es reicht nicht, bloß Forderungen zu stellen. Wir müssen aktiv werden, Flagge zeigen, Druck machen – jeder Einzelne zählt. Mach mit – dein Einsatz macht den Unterschied. Unser Erfolg ist deine Zufriedenheit. Deine Zufriedenheit ist unser Ansporn.

BSBD – Gemeinsam für eine starke Zukunft!



Infos auch im Web.
www.bsbd.de

Hat die Pflege in Deutschland noch eine Zukunft?

Seminar für Senioren mit Jan Oliver Krzywanek

Das Seminar für die Senioren fand zu dem Thema „Pflege“ statt. Ein sehr aktuelles Thema mit politischem Hintergrund. Ein Zitat von Oskar Wilde hatte der Bundesseminarleiter als Überschrift für seine Einladung zum Seminar gewählt. Dieses lautete: „Als ich jung war, habe ich geglaubt, dass Geld das Wichtigste im Leben sei. Jetzt bin ich alt und weiß es.“ Hintergrund dieser Überschriftenwahl war und ist die derzeitige und zukünftige Finanzierung der Pflege.

Als Referenten für diese Problematik konnte der stellvertretende Geschäftsbereichsleiter Arbeit, Soziales, Wirtschaft, Frauen, Jugend und Senioren, Jan Oliver Krzywanek, hauptamtlicher Mitarbeiter des dbb in Berlin, gewonnen werden. Ein herausragender Fachmann und auch kompetenter Referent, der von Anfang an seine Zuhörer in den Bann zog. Neben den einzelnen Pflegestufen mit ihren finanziellen Ausstattungen und Möglichkeiten wurde auch der Weg dorthin für die Antragsteller vorgestellt. Die Teilnehmer stellten viele Fragen, auf die der Referent ausführlich einging. Insbesondere konnte Kollege Krzywanek auch seine persönlichen Erfahrungen im familiären Bereich mit der Pflege und deren „Fallstrick“ in die Diskussion einbringen.

Weitere Themen waren Demenz und Demenzformen. Auch hier informierte der Kollege vom dbb Berlin umfassend und nachhaltig. Das Symptombild der Demenz umfasst Einbußen an kognitiven, emotionalen und sozialen Fähigkeiten. Vor allem betroffen sind das Kurzzeitgedächtnis, das Denkvermögen, die Sprache und die Motorik: Bei einigen Formen kommt es auch zu Veränderungen der Persönlichkeit – so Wikipedia. Eine beginnende Demenz zu erkennen – so der Referent – ist schwierig. In kurzen Aufklärungsfilmen wurden die Anwesenden über Anzeichen einer beginnenden Veränderung bei einer Person informiert.

Bundesseminarleiter Winfried Conrad dankte dem Referenten ausdrücklich für den interessanten und informativen Vortrag. In seinem Vortrag griff Kollege Conrad noch einmal die Thematik des Seminars auf, inwieweit die Pflege noch eine Zukunft hat. Fakt sei – so Conrad –, wenn zeitnah die Politik nicht für finanzielle Sicherheit der Pflegekassen sorgt, haben wir in der Zukunft ein Problem: Bei einer alternden Gesellschaft ein Spiel mit dem Feuer.

Apropos Feuer. Kollege Ambrosius Luzius nutzte die Gelegenheit, auf ein weiteres Problem einer älter werdenden Gesell-



Referent Jan Oliver Krzywanek

schaft einzugehen. Themen seines Vortrages waren:

- Rauchmelder retten Leben!
- Was machst Du, wenn's brennt?

Luzius regte an, auch in den Seniorenvertretungen der Landesverbände die Thematik aufzugreifen.

Winfried Conrad
Bundesseminarleiter



Fotos: (2) Winfried Conrad

Gruppenfoto der Seminarteilnehmer



Öffentlicher Dienst

BEI UNS ZÄHLT DAS FÜREINANDER

Gemeinsam stark
seit 120 Jahren.




Von Beamten für Beamte gegründet,
stehen wir seit 1905 für eine Gemein-
schaft, die sich gegenseitig unterstützt.
Unser Ziel: Für unsere Mitglieder da sein.



Debeka
Versichern und Bausparen

Studie zur Privaten Krankenversicherung: Debeka erneut mit bestmöglicher Bewertung ausgezeichnet

In einem Rating zur Privaten Krankenversicherung wurde die Debeka Krankenversicherung vom Branchendienst map-report erneut für „hervorragende Leistungen“ mit der bestmöglichen Bewertung mmm+ ausgezeichnet. Mit 85,70 von 100 möglichen Punkten landet das Unternehmen auf dem dritten Platz aller untersuchten Versicherer. Im Bereich Service erreicht die Debeka 29,10 von 30 möglichen Punkten und landet damit auf der Spitzenposition. Das PKV-Rating des map-reports liefert seit über 20 Jahren eine Analyse und eine umfassende Bewertung der Qualität privater Krankenversicherer anhand von Kennzahlen aus den Bereichen „Bilanz“, „Service“ und „Vertrag“. Es ist somit auch eine wichtige Entscheidungshilfe für Verbraucher bei der Wahl einer Privaten Krankenversicherung.

Die Studienautoren schreiben: „Die Debeka als bisheriger Seriensieger wurde ebenfalls mit der höchsten Bewertung mmm+ ausgezeichnet und erzielte insgesamt 85,70 Punkte. Seit 2021 liefern sich die Debeka, Signal Iduna und LVM ein Kopf-an-Kopf-Rennen um die beste Bewertung, das bis zu dieser Ausgabe ausschließlich zugunsten der Debeka ausging. Insofern dürften auch die kommenden Jahre spannend bleiben.“

„Auch das neue Rating des map-reports zeigt, dass es uns gelingt, unsere Mitglieder über Jahrzehnte hinweg auf höchstem Niveau zu bedienen. Wir wissen aber auch, dass wir dabei nicht nachlassen dürfen. Wir arbeiten täglich dafür, uns für unsere Mitglieder weiter zu verbessern“, sagt Thomas Brahm, Vorstandsvorsitzender der Debeka.

DBV Spezialist für den
Öffentlichen Dienst

Für Beamt:innen

Jeder Cent zählt – vor allem, wenn er geschenkt ist.

Auch kleine Beiträge summieren sich über die Zeit: Nutzen Sie das monatliche Geldgeschenk, dass Ihnen Ihr Dienstherr zur Verfügung stellt. Die **DBV VL-Lebensversicherung** bietet Ihnen die passende Lösung für Ihren vermögenswirksamen Sparplan.

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie – persönlich in einer Agentur in Ihrer Nähe oder unter [dbv.de](https://www.dbv.de)



 [dbv.versicherung](https://www.dbv.versicherung)

SONDERKONDITIONEN

für Mitglieder der
dbb Einzelgewerkschaften

Eine Marke der AXA Gruppe



Halbjahresklausur des Landeshauptvorstandes

Güstrow, 16.05.2025. Im Rahmen der halbjährigen Klausurtagung trafen sich die Mitglieder des erweiterten BSBD Landeshauptvorstandes zum Informationsaustausch und zur Beratung im Schlossparkhotel.

Eines der Hauptthemen war die Auswertung der am 05. und 06. Mai durchgeführten Personalratswahlen.

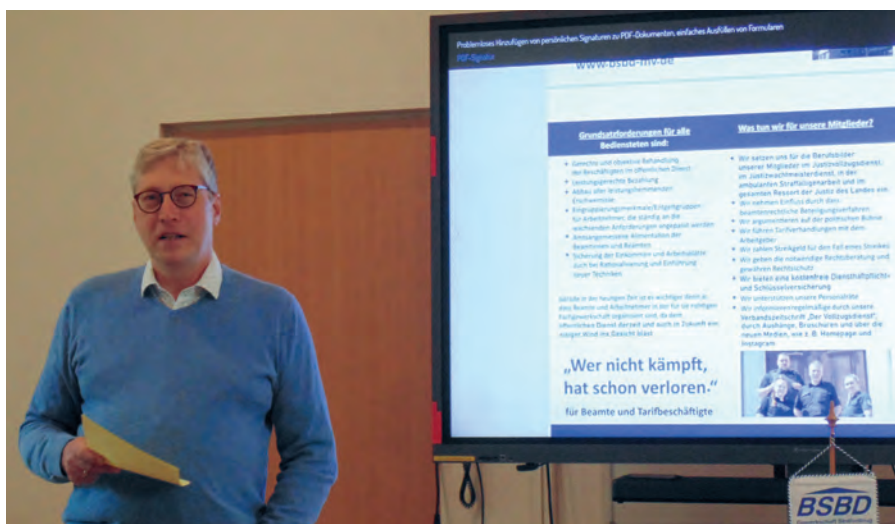
Auch wenn sich zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Artikels noch nicht alle Personalräte konstituiert hatten, so war doch absehbar, dass das gute Ergebnis aus dem Jahr 2021 bestätigt und teilweise sogar übertroffen werden konnte.

In allen Örtlichen Personalräten der Justizvollzugsanstalten sowie im Justizministerium selbst wurden die bereits personalrats-erfahrenen Kolleginnen und Kollegen des BSBD wiedergewählt.

Es ist daher durchaus wahrscheinlich, dass sie die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre in ihren alten Funktionen weiterführen werden.

Auch an den Gerichten und Staatsanwaltschaften waren die Kandidaten des BSBD erfolgreich. Stellvertretend seien hier das Landgericht Schwerin und das Oberverwaltungsgericht M-V genannt, in denen nun Justizwachtmeister des BSBD Landesverbandes den Vorsitz im Personalrat innehaben.

Im Hauptpersonalrat konnte der BSBD einen dritten Sitz in der Gruppe der Beamten erringen.



Berichterstattung

Neben den wiedergewählten Mitgliedern Stanley Mengel und Matthias Nicolai, welcher erneut den Vorsitz des HPR übernommen hat, schaffte Ronny Oberländer aus der JVA Neustrelitz den Sprung in die Stufenvertretung.

Wir beglückwünschen Alle auf das Herzlichste und wünschen ihnen für die künftige Personalratsarbeit ein „glückliches Händchen“.

In den Berichten der Landesleitung, der Beisitzer und der Ortsverbandsvorsitzenden wurden unter anderem die Weiterentwicklung der Dienstpostenbewertung, der Einsatz von Pfefferspray und Elektroschockern im Justizvollzug, die Verteilung der Verbandszeitschrift „Der Vollzugsdienst“, die künftige Kooperation des BSBD MV mit

der DBV und der BBBank sowie die laufende Personalbedarfserhebung im Justizvollzug (PBE) thematisiert.

Die Phase der 3 bis 3½ wöchige Selbstaufschreibung in der JVA Bützow endete am 30. April diesen Jahres und startet am 03. Juni in der JVA Stralsund.

Dabei rechnet der BSBD Landesverband, bei der seit Jahren immer dünner werden Personaldecke, mit einem spürbaren Personalzugewinn als Endergebnis, ähnlich dem Ergebnis der Personalbedarfserhebungen im Justizwachtmeisterdienst oder dem Landesamt für ambulante Straffälligenarbeit (LaStar).

Nicht zuletzt ging es um den am 15. Mai von der FDP in den Landtag eingebrachten Antrag „Strafvollzug sichern“ (Drucksache



aufmerksame Zuhörer und ...



... konstruktive Gesprächspartner

8/4740-neu), in welchem sich viele Forderungen des BSBD Landesverbandes wiederfinden.

Der Antrag wurde trotz Unterstützung durch die CDU und Bündnis 90/Die Grünen, mittels der Stimmen von SPD und Linke, sowie der Stimmhaltung seitens der AfD, abgelehnt.

Abschließend wurde Julia Wolter, auf eigenen Wunsch, von ihrer Aufgabe, der Jugendvertretung, im Landesverband verabschiedet. In ihre Fußstapfen tritt nun Ina Lohf, aus der JVA Bützow, welche als neue Jugendvertreterin benannt wurde.

Julia Wolter bleibt dem Landesverband dennoch erhalten und übernimmt mit der Sparte „social Media“ den Instagram Auftritt des BSBD MV. Sie löst damit den bisherigen Account Betreuer Jurij Rentsch ab, welcher aufgrund zunehmender dienstli-

cher Verpflichtungen diese Aufgabe aufgeben muss.

Wir sagen an dieser Stelle Danke Jurij und Jule für das Engagement der letzten Jahre

und wünschen Ina mit ihrer neuen Aufgabe viel Erfolg und jede Menge Spass dabei.

Matthias Nicolai



Der Landesvorsitzende mit der alten und neuen Jugendvertretung

Ich war mal wieder unterwegs

Unter der Schirmherrschaft der DBB Akademie fand vom 07.04.25 bis 09.04.25 unter dem Motto

**„Als ich jung war, habe ich geglaubt,
dass Geld das Wichtigste im Leben sei.
Jetzt bin ich alt und weiß es“**

(Zitat: Oscar Wilde)

wieder ein Seminar unserer Gewerkschaft zur Seniorenarbeit diesmal in Rostock statt.

Mit den neusten Informationen zur aktuellen Lage und Stimmung der Senioren und Rentner in Länder und Bund, hatte der Seminarleiter und Dozent Winfried Conrad zu Beginn alle Teilnehmer auf das Seminar eingestimmt. Höhepunkte der Seminartage waren die sehr informativen Vorträge durch den Referenten des DBB Jan Oliver Krywanek (sehr empfehlenswert).

Am ersten Tag beschäftigte uns das Thema Alzheimer und Demenz. Im Vortrag wurde ein aktueller Überblick über Prävention und Behandlungsmöglichkeiten, sowie dem Umgang mit Betroffenen aufgezeigt. Fazit: Sehr informativ, hilfreich aber auch bedrückend. Der zweite Tag war nicht weniger informativ, sondern auch kurzweilig. In dem Vortrag wurden Leistungen der Pflegeversicherung (und Beihilfe), sowie aktuelle Reformen vorgestellt. Auch hier ein Fazit: Sehr Umfangreich, leider viele Kleinstaaterei – weil Ländersache.

Tag drei blieb dem Thema: Hat die Pflege noch eine Zukunft in Deutschland? vorbehalten. Hier wurde die Entwicklung der Pflege beleuchtet, bewertet und zur Achtsamkeit gemahnt. Welche Aufgaben sich für die Vertreter der Gewerkschaften in der Zukunft daraus ergeben wurde diskutiert und soll über das Seminar hinaus, zwischen den Seminarteilnehmern, weiter ausgetauscht werden.

Nicht unerwähnt soll auch die Unterkunft, das Pentahotel in Rostock (mitten im Zentrum gelegen) bleiben. Wir waren nicht nur gut untergebracht und gepflegt worden, nein auch das Personal war toll.

Ich bin ja schon mal da

Nach dem Seminar trafen sich die Vertreter der Länder zur Sitzung des Seniorenausschusses des BSBD Bund zu ihrer Jahressitzung. Die Teilnehmer berichteten über ihre Arbeit in den Ländern, gaben Informationen zu den aktuellen Entwicklungen und stellten sich den Fragen der Anderen. Informiert wurde unter anderem über die Seniorenpolitische Fachtagung im Oktober 2024 in Berlin. Berichtet wurde auch über die Sitzungen des Hauptvorstandes des BSBD Bund und über die eigene Seite für Senioren im Vollzugsdienst.

Ich habe viel Neues erfahren und freue mich darauf, einige dieser Aufgaben in unserem Landesverband MV umzusetzen, mindestens aber anzuregen. Mit diesen Worten endete auch mein Bericht von vor einem Jahr. Deshalb noch einmal meine Bitte an die Ortsverbände: Dies wird nur gelingen, wenn ich von Euch Unterstützung bekomme.

Für weitere Informationen schaut bitte auf der Homepage des BSBD Landesverbandes MV, unter der Rubrik Seniorenvertretung.

Euer Seniorenvertreter Bernd Raubold



Foto: BSBD M-V-P

BSBD MV bildet Aktionsfond

Seit Februar 2025 treffen immer mehr der Widerspruchsbescheide zur nicht amtsangemessenen Alimentation, für das Jahr 2023, ein.

Wie in einer der vergangenen Ausgaben des „Vollzugsdienst“ berichtet, werden die Klageverfahren von einer, vom dbb mv beauftragten, Rechtsanwaltskanzlei Henning Niemann, aus Schwerin, geführt.

Nach Rücksprache mit RA Niemann möchten wir folgende Hinweise zum Verfahren im Umgang mit Widerspruchsbescheiden zur amtsangemessenen Alimentation und eventuellen Klagemöglichkeiten geben:

1. Konstellation:

Das Mitglied hat eine eigene Rechtsschutzversicherung und wendet sich direkt an RA Niemann:

RA Niemann übernimmt die Prüfung der Deckungszusage einer ggf. vorhandenen Rechtsschutzversicherung, d.h. er benötigt neben dem Widerspruchsbescheid auch Angaben zum Versicherungsunternehmen und die Versicherungsnummer, sowie eine unterschriebene Vollmacht (erhältlich bei den Mitgliedern des Landesvorstand und Ortsvorständen).

Nach erfolgter Deckungszusage reicht RA Niemann Klage beim zuständigen Verwaltungsgericht ein (Kosten übernimmt die Rechtsschutzversicherung)

2. Konstellation:

Die Rechtsschutzversicherung übernimmt die Kosten nicht:

Für den Fall kann über den Landesvorstand ein Muster für eine Klage zur Verfügung stellen.

Die anfallenden Kosten für die Klageerhebung belaufen sich auf etwa 500 € Verwaltungsgerichtsgebühren, die das Mitglied selbst übernehmen müsste. Diese Kosten erhöhen sich, falls das Mitglied RA Niemann oder einen anderen Anwalt mit der Klageerhebung beauftragt.

Der BSBD MV hat dafür einen Aktionsfond gebildet und unterstützt die Klagewilligen finanziell mit einem Gesamtpaket in Höhe von 5.000 €.

Das bedeutet, dass sich die finanzielle Unterstützung des Einzelmitglieds an der Anzahl der eingereichten Klagen orientiert und erst nach Ablauf aller Klage-Einreichfristen beziffert werden kann.

Wir bitten dazu alle Mitglieder den Eingang ihrer Klage beim Verwaltungsgericht dokumentieren zu lassen.

Der dbb m-v ist aufgrund einer Vielzahl von Klagewilligen erneut auf das Finanzminis-

terium zugegangen, um Möglichkeiten zu erörtern, Musterklagen unter Einrede der Verjährung zuzulassen. Bisher hat das FM dem Vorschlag nicht zugestimmt.

Der Vorstand

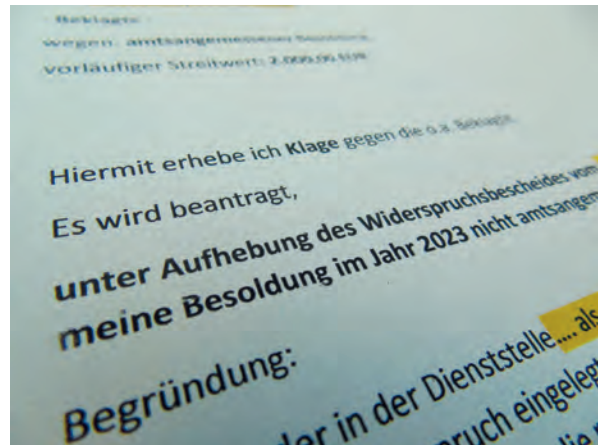
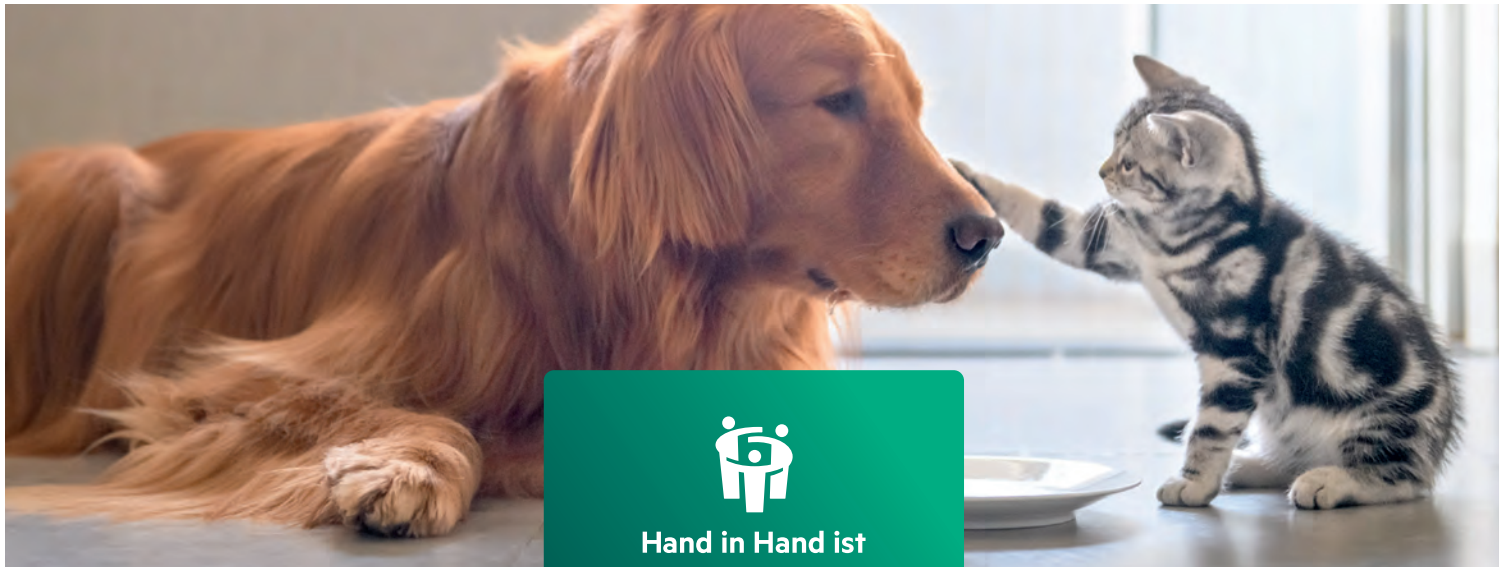


Foto: BSBD M-V



Foto: 922554075 / stock.adobe.com



Hand in Hand ist
HanseMerkur

Sicherheit für alle Felle – die Tierversicherung für Hund und Katze

Unsere Haustiere sind Familienmitglieder – und genau wie wir können sie krank werden oder einen Unfall haben. Während unsere Behandlungskosten meist von der Krankenversicherung übernommen werden, zahlen Tierhalter selbst.

Fast die Hälfte aller Hunde und Katzen benötigt mindestens einmal im Leben eine OP. Neben den Eingriffskosten fallen weitere Ausgaben für den Aufenthalt und die Nachsorge an. Eine OP-Versicherung bietet hier finanzielle Sicherheit. Auch Routinebesuche beim Tierarzt summieren sich: Die häufigste Leistung ist die „Allgemeine Behandlung mit Beratung“. Eine Tierkrankenversicherung deckt neben Operationen auch diese Kosten ab.

Das Beste: Eine gute Versicherung muss nicht teuer sein. Lassen Sie sich unverbindlich beraten und finden Sie die optimale Absicherung für Ihr Haustier.

- ✓ Alle Hunderassen versicherbar
- ✓ Auf Wunsch mit Zahn-Baustein
- ✓ Bis zum 4-fachen GOT-Satz
- ✓ Individuelle Beratung
- ✓ Freie Tierarzt- und Klinikwahl
- ✓ Schnelle, digitale Erstattung



**Ihr Ansprechpartner für den Strafvollzug
Generalvertreter Bastian Wartenberg**

Telefon 0176-66802225
bastian.wartenberg@hansemerkur.de
www.hansemerkur.de/bastian.wartenberg

**Gleich online
abschließen!**

